DPolG
DEUTSCHE POLIZEIGEWERKSCHAFT
im DBB
HESSEN

Frankfurt am Main, 01.11.2026

Stellungnahme

Frankfurt darf kein Schauplatz entfesselter Gewalt werden. Ein Angriff auf unsere Polizei ist ein Angriff auf den Rechtsstaat!

Stellungnahme von Manuel Stoll, 1. Stellvertretender Landesvorsitzender der DPolG Hessen

Die Bilder, die uns am Abend des 31. Oktober 2026 aus der Frankfurter Innenstadt erreicht haben, machen mich wütend und fassungslos. Was sich rund um die Hauptwache, die Konstablerwache und die Zeil abgespielt hat, ist durch nichts zu rechtfertigen. Massive Angriffe auf Polizeibeamte, eingeschlagene Schaufenster, geplünderte Geschäfte und brennende Mülltonnen haben Teile unserer Innenstadt zeitweise in einen Schauplatz hemmungsloser Gewalt verwandelt.

Als Polizeibeamter und Gewerkschafter verurteile ich diese Ausschreitungen auf das Schärfste!

Wer Steine, Flaschen oder Pyrotechnik auf Polizeibeamte wirft, nimmt schwere Verletzungen von Menschen billigend in Kauf. Menschen, die an diesem Abend nichts anderes getan haben, als ihren gesetzlichen Auftrag zu erfüllen, die öffentliche Sicherheit zu gewährleisten und unsere freiheitlich-demokratische Grundordnung zu schützen.
Es ist unerträglich, dass Kolleginnen und Kollegen, die tagtäglich für die Sicherheit unserer Gesellschaft einstehen, immer wieder selbst zur Zielscheibe hemmungsloser Aggression werden. Besonders erschütternd ist dabei, mit welcher Selbstverständlichkeit offenbar manche Gewalttäter bereit sind, die körperliche Unversehrtheit von Polizeibeamten aufs Spiel zu setzen.

Das Demonstrationsrecht ist ein hohes Gut unserer Demokratie. Es ist aber kein Freibrief für Gewalt, Zerstörung und Straftaten!

Tausende Menschen haben am Samstag zunächst friedlich von ihrem verfassungs-

mäßigen Recht Gebrauch gemacht, ihre Meinung öffentlich zu vertreten. Das ist zu respektieren und durch die Polizei zu schützen. Wer jedoch eine solche Versammlung oder deren Umfeld nutzt, um gezielt Polizeibeamte anzugreifen, Geschäfte zu plündern und öffentliches oder privates Eigentum zu zerstören, verlässt den Boden des friedlichen demokratischen Protests.

Dabei darf eines nicht übersehen werden: Nach bisherigen Erkenntnissen waren zahlreiche Randalierer überhaupt nicht Teil des ursprünglichen Demonstrationszuges. Eine pauschale Verurteilung aller Demonstrierenden wäre deshalb ebenso falsch wie der Versuch, die späteren Gewaltexzesse als bloße Begleiterscheinung einer Demonstration herunterzuspielen.

Was wir in Frankfurt erlebt haben, waren keine harmlosen Rangeleien und keine jugendlichen Streiche. Es waren massive Gewalttaten, deren strafrechtliche Aufarbeitung mit aller Konsequenz erfolgen muss.

Wer unsere Polizei angreift, greift diejenigen an, die unsere demokratischen Grundrechte überhaupt erst schützen und durchsetzen.

Als Gewerkschafter erwarte ich deshalb, dass auf diese Ereignisse nicht lediglich die üblichen Betroffenheitsbekundungen folgen. Wir brauchen eine konsequente Identifizierung der Tatverdächtigen, eine zügige strafrechtliche Aufarbeitung und spürbare rechtsstaatliche Konsequenzen für die Verantwortlichen.

Gleichzeitig dürfen wir diejenigen nicht vergessen, die in dieser Nacht unter erheblicher körperlicher und psychischer Belastung ihren Dienst verrichtet haben. Mehrere Polizeibeamte wurden nach bisherigen Erkenntnissen verletzt. Hinter jeder dieser Meldungen steht ein Mensch, stehen Angehörige, Familien und möglicherweise gesundheitliche Folgen, die weit über diesen Einsatz hinausreichen. Unsere Kolleginnen und Kollegen haben unter schwierigsten Bedingungen dafür gesorgt, dass die öffentliche Sicherheit wiederhergestellt und weitere Straftaten verhindert werden konnten. Dafür verdienen sie nicht nur unseren ausdrücklichen Dank, sondern auch die uneingeschränkte Rückendeckung ihres Dienstherrn.

Mein besonderer Respekt gilt allen eingesetzten Kräften der hessischen Polizei, der Bundespolizei und sämtlichen weiteren beteiligten Einsatzkräften. Den verletzten Kolleginnen und Kollegen wünsche ich eine schnelle und vollständige Genesung.

Auch die betroffenen Geschäftsinhaber und Beschäftigten dürfen mit den Folgen dieser Nacht nicht allein gelassen werden. Wer morgens vor den Trümmern seiner wirtschaftlichen Existenz steht, hat einen Anspruch darauf, dass Staat und Gesellschaft diese Taten ernst nehmen.

Wir müssen uns als Gesellschaft die Frage stellen, an welchem Punkt wir angekommen sind, wenn Polizisten bei der Ausübung ihres Dienstes gezielt angegriffen und ganze Straßenzüge zum Schauplatz von Plünderungen werden.

Die Antwort darauf darf weder Gleichgültigkeit noch Gewöhnung sein. Gewalt gegen Polizeibeamte darf niemals als hinzunehmendes Berufsrisiko betrachtet werden. Der Staat hat gegenüber seinen Beschäftigten eine besondere Fürsorgepflicht. Diese endet nicht mit der Bereitstellung von Schutzausrüstung, sondern umfasst auch eine konsequente rechtliche und politische Rückendeckung.

Für mich steht fest: **Ein wehrhafter Rechtsstaat muss seine Grenzen deutlich machen und sie konsequent durchsetzen. Wer Gewalt ausübt, muss mit den rechtlichen Konsequenzen seines Handelns rechnen.**

Als 1. Stellvertretender Landesvorsitzender der DPolG Hessen stehe ich uneingeschränkt hinter unseren Kolleginnen und Kollegen. Unsere Polizei ist nicht der Prellbock gesellschaftlicher Konflikte. Sie ist Garant unserer Sicherheit und verdient Respekt, Schutz und Rückhalt.

Gewalt ist keine Meinungsäußerung. Plünderung ist kein Protest. Und Angriffe auf Polizeibeamte sind durch nichts zu rechtfertigen!

Manuel Stoll
1. Stellvertretender Landesvorsitzender
Deutsche Polizeigewerkschaft (DPolG) Hessen